



HESSISCHER LANDTAG

01. 09. 2020

Plenum

Dringlicher Antrag

**Christoph Degen (SPD), Kerstin Geis (SPD), Karin Hartmann (SPD),
Manuela Strube (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

**Endlich Planungssicherheit für Schule schaffen – klare Perspektiven für Lehrkräfte,
Lernende und ihre Eltern**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht den hessischen Schulen und allen dort Beschäftigten Dank und Anerkennung für ihre Arbeit unter besonders schwierigen Bedingungen aus. Seit März wurden die Schulen und insbesondere ihre Schulleitungen immer wieder mit kurzfristigen, widersprüchlichen und unrealistischen Anweisungen aus dem Kultusministerium konfrontiert und in höchstem Maße belastet.
2. Alle an Schule Beteiligten benötigen Planungssicherheit. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Schulen mit klaren und verbindlichen Aussagen zu begegnen, sie in Entscheidungen einzubinden und sie angemessen vor der Information der Medien über neue Schritte zu informieren. Ziel ist es, durch genügend Umsetzungszeit für schulische Erlasse einen Rahmen zu schaffen, der verloren gegangenes Vertrauen in das Miteinander von Landesregierung und Schulen wieder zurückbringt.
3. Der Landtag erwartet, dass basierend auf dem 4-Stufen-Plan der Kultusministerkonferenz von der Landesregierung umgehend verbindlich festgelegt wird, welche Schritte bei steigenden Infektionszahlen an Schulen in die Wege geleitet werden, um Schulschließungen zu verhindern. Wir brauchen einen Plan B und einen Plan C.
4. Der Landtag spricht sich zudem dafür aus, insbesondere weiterführenden und beruflichen Schulen zu ermöglichen, durch einen strukturierten Wechsel aus Distanz- und Präsenzunterricht sowie durch digitale Bildung präventiv die Größe von Lerngruppen vorübergehend zu verringern. Abstand ist wesentlich für den Infektionsschutz.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich die Schulträger bezüglich der Bereitstellung von zusätzlichen Bussen für die Schülerförderung finanziell und organisatorisch zu unterstützen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Schulträger und Schulen zeitnah mit digitalen Endgeräten für Lernende und Lehrende zu versorgen. Nur so kann ein tragfähiges Hybridkonzept aus strukturiertem Präsenz- und Distanzunterricht etabliert werden, welches auch nach der Pandemie noch trägt.
7. Der Landtag hält es für unabdingbar, dass für Schülerinnen und Schüler, die außerschulische Betreuungsangebote besuchen, an allen Standorten der Bildung und Betreuung die gleichen Regeln in Hinblick auf den Infektionsschutz gelten.

Begründung:

Die Strategie der Landesregierung, ohne Ausnahme den Normalbetrieb an Schulen zu erzwingen, ist gescheitert. Über einzelne Schulschließungen hinaus befinden sich zahlreiche Klassen in Quarantäne. Personen, die in Unterricht und Betreuung eingesetzt sind, erhalten ihre Covid-19-Testergebnisse oft erst nach Tagen und damit viel zu spät. Schulen, die zum Schuljahresbeginn Konzepte zur Wahrung eines Mindestabstands, beispielsweise durch einen strukturierten Wechsel aus Fern- und Distanzunterricht, vorgelegt hatten, sind dennoch zum Normalbetrieb gezwungen worden. Unter Lehrkräften, Lernenden und Eltern sind Ängste verbreitet. Vertrauen in ein planvolles und vorausschauendes Handeln des Kultusministeriums ging verloren. Zwi-

sehen einzelnen Schulen sowie innerhalb einer Schulgemeinde am Vor- und Nachmittag herrschen ganz unterschiedliche Regelungen zum Infektionsschutz. Solche unterschiedlichen Vorgaben vonseiten der Landesregierung sind nicht nur aus pädagogischen Gründen inkonsequent, sie erhöhen auch das Risiko einer Virusverbreitung, wenn am Nachmittag Gruppen anders gemischt sind als am Vormittag.

Durch die aktuelle Pandemie zeigen sich politische Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre deutlich. Neben dem seit Jahren bestehenden Lehrermangel zählen dazu die Verschleppung des digitalen Ausbaus der Schulen und die Weigerung der Landesregierung, den Investitions- und Modernisierungsbedarf der Schulen zu erheben. Diese Schwerpunkte müssen nun angegangen werden, um gleiche Lehr- und Lernbedingungen in ganz Hessen zu schaffen.

Wiesbaden, 1. September 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Christoph Degen
Kerstin Geis
Karin Hartmann
Manuela Strube
Turgut Yüksel